

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

zur Erklärung der Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Lage im früheren Jugoslawien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt die serbischen Angriffe auf VN-Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina. Das Leiden der Zivilbevölkerung muß ein Ende haben. In diesem Zusammenhang hält der Deutsche Bundestag den Einsatz von NATO-Luftstreitkräften im Auftrage der Vereinten Nationen auf der Grundlage der einschlägigen VN-Sicherheitsratsresolutionen für gerechtfertigt. Er war notwendig, um die Glaubwürdigkeit der mit dem Konflikt befaßten internationalen Institutionen zu gewährleisten. Er war richtig, weil der Friedensprozeß nicht durch eine Fortsetzung der serbischen Eroberungspolitik gefährdet werden darf. Die Bereitschaft, ihr auch in Zukunft notfalls mit gewaltsamen Mitteln entgegenzutreten, muß erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhang würdigt der Deutsche Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten an der Seite unserer Bündnispartner zur Durchsetzung des Flugverbotes und für die Versorgung der notleidenden Bevölkerung.

Der Deutsche Bundestag billigt und unterstützt die Politik der Bundesregierung im ehemaligen Jugoslawien, die auf einen möglichst raschen Frieden in Bosnien-Herzegowina gerichtet ist und auf eine umfassende Regelung aller Probleme, die sich aus dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien ergeben haben. Er begrüßt die entsprechenden Bemühungen der Europäischen Union, der USA und Rußlands und appelliert an alle Konfliktparteien, ernsthaft an einer friedlichen Lösung mitzuarbeiten. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die prinzipielle Bereitschaft Deutschlands, sich an der Implementierung eines Friedens in jeder vertretbaren, jedoch der geschichtlichen Belastung Rechnung tragenden Weise und am Wiederaufbau der vom Krieg betroffenen Regionen zu engagieren. Dies gilt insbesondere für die Verwal-

tung der Stadt Mostar durch die Europäische Union unter der Leitung des Abgeordneten Hans Koschnick.

Bonn, den 13. April 1994

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion